

Antrag

der AfD-Fraktion

Fördermittelzahlungen an den Verein „Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e.V.“ und die dahinterstehende „Sozialistische Jugend Deutschlands“ wegen linksextremistischer Bezüge sofort einstellen!

Der Landtag stellt fest:

Die Förderfähigkeit des Vereins „Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e.V.“ und des Landesverbandes der „Sozialistischen Jugend Deutschlands - Die Falken“ ist nicht gegeben, weil das Land Brandenburg Vereine, Bündnisse, Institutionen und Projekte, die selbst extremistisch sind oder extremistische Positionen vertreten oder Verbindungen ins extremistische Milieu haben, für nicht förderfähig erachtet. Denn es ist mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes und der Verfassung des Landes Brandenburg nicht vereinbar, demokratie- und rechtsstaatsfeindliche Personen, Gruppen und Vereinigungen aus Steuermitteln zu unterstützen. Die „Sozialistische Jugend Deutschlands“ weist aufgrund ihrer Forderungen konkrete linksextremistische Bezüge auf; sie ist mit dem Verein „Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e.V.“ untrennbar verbunden.

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird deshalb aufgefordert, von der Zahlung weiterer Zuwendungen an den Verein „Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e.V.“ und die „Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken“ abzusehen. Darüber hinaus hat sie zu prüfen, ob die Voraussetzungen für die Rückforderung von bereits gezahlten Fördermitteln vorliegen. Hierüber hat sie dem Landtag binnen sechs Monaten Bericht zu erstatten. Außerdem soll sie sich zum Schutz von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen vor linksextremistischen Inhalten bei dem Berliner Senat und der Bundesregierung dafür einsetzen, dass diese dem Verein „Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e.V.“ und der „Sozialistischen Jugend Deutschlands - Die Falken“ in Zukunft keine Zuwendungen mehr aus Steuermitteln zukommen lassen.

Begründung:

I. Hintergrund

Der Verein „Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e.V.“ ist Rechtsträger der Bundesbildungsstätte der „Sozialistischen Jugend Deutschlands - Die Falken“ (SJD), deren Bundesverband als nicht eingetragener Verein im Rechtsverkehr auftritt und seinen Sitz in Berlin hat. Der Verein „Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e.V.“ hat seinen Sitz ebenfalls in Berlin und wird dort unter der Steuernummer 1127/669/50932 geführt.

Eingegangen: 15.09.2020 / Ausgegeben: 15.09.2020

Er gilt zudem als gemeinnützig. Die vom Verein in Werneuchen/Werftpfuhl im Landkreis Barnim genutzte Immobilie in der Freienwalder Allee 8 steht im Eigentum des Landes Berlin und wird seit Jahren als sogenannte Bildungsstätte der „Sozialistischen Jugend Deutschlands die Falken“ genutzt.

II. Linksextremistische Bezüge der „Sozialistischen Jugend Deutschlands - Die Falken“

„Die Falken“, wie sie sich selbst unverdächtig nennen, verstehen sich als links-politische Jugendorganisation mit dem Ziel, Kinder und Jugendliche durch Seminare und Veranstaltungen in Jugendklubs oder im Rahmen von Zeltlagern nach einer sozialistischen Utopie zu erziehen. Sie haben den Sozialismus zu ihrem Ziel erklärt und ihre pädagogische Arbeit, die in der Bildungsstätte umgesetzt wird, soll das Fundament der Zielerreichung bilden. Im Gegensatz zur klaren Positionierung gegen Rechtsextremismus bekennt sich die SJD gegen die „aktuelle gesellschaftliche Stimmung gegen links“. Linksextremistische Gewalt wie etwa die gewaltsamen Ausschreitungen linksterroristischer Randalierer im Rahmen der G20-Proteste 2017 in Hamburg wird seitens der „Falken“ regelrecht verharmlost. Darüber hinaus wird von ihnen die Beendigung von Projekten gegen Linksextremismus gefordert. Weiterhin heißt es auf der Internetpräsenz der „Falken“: „Wir fordern das Ende der Ausbeutung des Menschen durch andere Menschen. Wir bekämpfen jegliche Form von Herrschaft, wir sind gegen Rassismus und Antisemitismus, gegen Sexismus und Homophobie.“ Das übergeordnete Ziel der „Sozialistischen Jugend Deutschlands“ ist demnach eine „herrschaftsfreie Gesellschaft“ im Sinne des Anarchismus. Anarchismus ist mit dem Rechtsstaatsprinzip und der verfassungsrechtlich verankerten Gewaltenteilung schlechthin unvereinbar. Die „Sozialistische Jugend Deutschlands“ weist damit mit ihren Positionen und Forderungen klare Bezüge zum Linksextremismus auf (näher hierzu Drs. 7/1756, m.w.N.). Außerdem fordert die „Sozialistische Jugend Deutschlands“ seit März 2013 offiziell die „sofortige Auflösung“ des Bundesamtes für Verfassungsschutz und aller 16 Landesverfassungsschutzbehörden sowie der anderen Geheimdienste Militärischer Abschirmdienst (MAD) und Bundesnachrichtendienst (BND). Dies wird damit begründet, dass der Verfassungsschutz in der Tradition der nationalsozialistischen Gestapo stehe. Zudem sei der Verfassungsschutz eine unkontrollierbare, intransparente Behörde, die nicht nur vollkommen versagt, sondern in einigen Regionen sogar zur Stärkung neonazistischer Strukturen beigetragen habe (siehe <https://www.wir-falken.de/positionen/6672452.htm>, zuletzt aufgerufen am 09.09.2020 um 12:40 Uhr). Seit Aufhebung des sogenannten Unvereinbarkeitsbeschlusses der „Falken“ im Jahr 2011, welcher die Parteimitgliedschaft von Mitgliedern in der „Sozialistischen Jugend Deutschlands“ ausschließlich auf die SPD beschränkte, sei nun nach eigenen Verlautbarungen der Vereinigung „ein klarer politischer Richtungsruck nach links“ erfolgt.

III. Linksextremistische Verbindungen des brandenburgischen Landesverbandes der „Sozialistischen Jugend Deutschland“

Der brandenburgische Landesverband der SJD hat seinen Sitz auf dem Gelände des „Freiland“ in der Friedrich-Engels-Straße 22 in Potsdam. Das „Freiland“ hat in der Vergangenheit wiederholt mit linksextremistischen Bezügen auf sich aufmerksam gemacht. Immer wieder nahmen in der Vergangenheit Linksextremisten an Veranstaltungen auf dem „Freiland“-Gelände teil. Zuletzt machte das „Freiland“ durch eine gewaltfördernde Kampfsportveranstaltung der militanten Antifa auf sich aufmerksam (vgl. Drs. 7/104). Das „Freiland“ hat aber nicht nur in Teilen linksextremistische Bezüge, sondern ist vielmehr ein Treffpunkt und Rückzugsort der linksextremistischen Szene.

Hier fanden in der Vergangenheit auch Konzerte von Bands mit linksextremen Texten statt (vgl. Drs. 6/11296). Eine enge Verbindung des brandenburgischen Landesverbands der „Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken“ mit der linksextremistischen Szene Brandenburgs ist daher schon wegen des Sitzes der Landesgeschäftsstelle auf dem „Freiland“-Gelände gegeben.

Nach Angaben der Landesregierung hat der brandenburgische Landesverband der SJD seit Jahren jährliche Zuwendungen im sechsstelligen Bereich für die Geschäftsstelle in der Friedrich-Engels-Straße 22 erhalten. Diese hätten überwiegend zur Deckung von Personalkosten für zwei Jugendbildungsreferenten gedient (siehe Drs. 7/1488; 7/1099; 6/9277). Auf die von den Referenten erarbeiteten Inhalte hat die Landesregierung aber keinen Einfluss, sodass nicht auszuschließen ist, dass auch linksextremistische Inhalte in die Jugendarbeit einfließen.

In Brandenburg führte der Landesverband der „Sozialistischen Jugend Deutschlands“ im Vorfeld der linksextremistischen Gewaltexzesse beim G20-Gipfel in Hamburg 2017 ein sogenanntes Demotraining durch, um Linksextreme entsprechend vorzubereiten. Dieses „Demotraining“ wurde unter anderem vom Deutschen Gewerkschaftsbund Berlin-Brandenburg, der Grünen Jugend Berlin, dem Landesjugendring Brandenburg sowie dem Stadtjugendring Potsdam verteidigt (siehe <https://www.falken-brandenburg.de/wir-ueber-uns/stellungnahme-g20-demotraining.html>, zuletzt aufgerufen am 09.09.2020 um 13:05 Uhr). Diese Simulation der G20-Proteste fand auf dem Gelände des „Freiland“ in Potsdam statt. Dies zog trotz der Kritik daran – unter anderem von der Gewerkschaft der Polizei – weder für die Betreibergesellschaft des „Freiland“ noch für die „Sozialistische Jugend Deutschlands“ im Hinblick auf deren staatliche Förderung Konsequenzen nach sich.

IV. Förderung des Vereins und Arbeit in der sogenannten Jugendbildungsstätte

Nach Angaben der Landesregierung in der Antwort auf die Kleine Anfrage Nummer 339 und in der Drucksache 6/9277 erhielt der Verein „Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e.V.“ im Zeitraum zwischen 2012 und 2018 Zuwendungen in Höhe von weit über einer Million Euro allein zum Zweck von „investiven Maßnahmen“, obwohl nicht der Verein Eigentümer des Grundstücks in der Freienwalder Allee 8 in Werneuchen ist, sondern das Land Berlin. Von diesen Fördermitteln wurde allein im Jahr 2018 ein Betrag in Höhe von 800.000,00 Euro aus „Mitteln aus dem Vermögen der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR“ (PMO) bereitgestellt. Trotz der hohen Zuwendungen für „investive Maßnahmen“ kann die Landesregierung offenbar nicht vollständig ausweisen, in welcher Form und Höhe sich das Land Brandenburg an der Sanierung und Erweiterung der Bildungsstätte beteiligt hat (vgl. Drs. 7/1488).

Das herrschaftliche Gebäudeensemble wird dem Verein kostenlos vom Land Berlin zur Nutzung überlassen. Darüber hinaus partizipiert der Verein an Förderung der Bundesregierung. Neben den bemerkenswert hohen Zuwendungen der Landesregierung für lediglich „investive Maßnahmen“ gab es für den „Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e.V.“ außerdem noch weitere finanzielle Unterstützung durch die Landesregierung für andere Zwecke in nahezu gleicher Höhe. Zusammen mit den parallel erhaltenen Zuwendungen des Berliner Senats und der Bundesregierung hat der Verein über die Jahre eine Gesamtförderung im höheren Millionenbereich erhalten.

Der Verein hat aber noch andere Einnahmequellen. Er bietet nämlich unter anderem, wie aus seiner Internetpräsenz ersichtlich, entgeltpflichtige Leistungen wie Übernachtungen mit Verpflegung, Bereitstellung von Seminarräumen sowie Freizeitaktivitäten (zum Beispiel Nutzung einer Kletterwand und des Internets, Mieten von Fahrrädern oder Nutzung eines Billardtisches) an. Darüber hinaus können von Gästen der Jugendbildungsstätte Getränke erworben werden.

In den Räumlichkeiten in der Freienwalder Allee 8 in Werneuchen werden nach Eigenangaben des Vereins pädagogisch-politische Fortbildungen, Seminare der Jugendverbands- und Bildungsarbeit, Internationale Begegnungen und verschiedene Großveranstaltungen organisiert und durchgeführt. Immer häufiger stünde dabei die Auseinandersetzung mit „Rechtsextremismus und Populismus“ im Zentrum der Seminare. Die Zielgruppe der Veranstaltungen seien, wie bereits oben erwähnt, Kinder und Jugendliche im Alter von 10 bis 19 Jahren sowie Berufsschüler und Auszubildende. Zum Schutz von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen vor linksextremistischen Inhalten ist es daher dringend geboten, die Förderung des Vereins durch die Landesregierung zu stoppen.